

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	95
		<b>TOP:</b>	10
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	20.07.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	die Vorsitzende		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Modellprojekt Lernraum für Kinder und Jugendliche in Gemeinschaftsunterkünften - mündlicher Bericht -</b>		

Der Antrag Nr. 283/2020 vom 09.07.2020 (90/GRÜNE) sowie die gemeinsame Tischvorlage "Modellvorhaben Lernraum in Gemeinschaftsunterkünften" der Referate SI und JB sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beige-fügt.

Die Vorsitzende geht auf das Modellprojekt "Lernraum für Kinder und Jugendliche in Gemeinschaftsunterkünften (GUK)" ein und weist auf die Tischvorlage hin. Im Herbst werde eine entsprechende Beschlussvorlage im Verwaltungsausschuss vorgelegt. Heute bringe sie das Thema, das in enger Abstimmung mit dem Referat SI entwickelt worden ist, ein, da über die Abt. Bildungspartnerschaft die finanziellen Mittel für das Modellprojekt zur Verfügung stehen und geplant sei, im Sommer mit dem Projekt zu starten. Vor dem Hintergrund der zunehmend längeren Verweildauer von Familien in Gemeinschaftsunterkünften sowie der aktuellen Brisanz der Lernsituation der Kinder und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften in den letzten Monaten sollen die Schüler/-innen in GUK eine bessere Struktur zum Lernen erhalten. Die Kinder und Jugendlichen sollen dadurch bessere Voraussetzungen zur Bildungsteilhabe erhalten. Dabei werden unterschiedliche Lernräume geschaffen, damit die Kinder nach der Schule die Möglichkeit hätten, ihre Hausaufgaben in aller Ruhe zu erledigen. Die Räume können abends von den größeren Kindern zum Lernen und vormittags von Vätern und Müttern zum Sprachlernen genutzt werden. Es handle sich nicht um einen multifunktionalen Gemeinschaftsraum, verdeutlicht die Vorsitzende.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) lobt den niederschweligen Ansatz, zunächst die Menschen dort aufzusuchen, wo sie sich befinden. Neben der technischen Ausrüstung der Räume sieht er es als wichtig an, mit hauptamtlichen Koordinatoren zusammenzuarbeiten. Im Namen seiner Fraktion spricht sich StR Lazaridis für das Modellprojekt aus.

StR Dr. Nopper (CDU) schließt sich der positiven Rückmeldung seines Vorredners an. Er regt an, ab einem bestimmten Alter die Kinder und Jugendlichen auf die Stadtbibliothek aufmerksam zu machen. Auf eine Frage von StR Dr. Nopper teilt die Vorsitzende mit, der Raum sei nicht verschlossen, stehe aber ausschließlich zum Lernen zur Verfügung. Eltern wollten häufig ihre Kinder und Jugendlichen bei sich in den GUK haben und nicht in den Bezirks- und Stadtbüchereien.

Die Umsetzung des Modellprojekts an ausschließlich zwei Standorten bedauert StRin Höh (FDP).

Der Erfolg bzw. Misserfolg der Maßnahme hänge eng mit den ehrenamtlichen Lernbegleitern zusammen, meint StR Ebel (AfD).

Im Namen der freien Träger erteilt Frau Preiß ihre vollste Zustimmung zum Modellprojekt. Herr Käpplinger berichtet von einem großen Bedarf an weiteren Standorten und erhofft, dass nacheinander weitere GUK hinzukommen. Herr Arpad schließt sich vollumfänglich der Durchführung des Modellprojekts an und berichtet von der Unterstützung durch die Mitglieder des Internationalen Ausschusses. Ihn interessiert die angedachte Ausbaustrategie der Verwaltung, nachdem weitere GUK ähnliche Bedarfe hätten.

Es sei angestrebt, so BMin Fezer, den Ausbau an weiteren Standorten zu realisieren. Allerdings verlange der eine oder andere Standort bauliche Maßnahmen, um die Lernräume umzusetzen, wobei das Liegenschaftsamt gefordert sei.

Herr Schell regt an, in den Lernräumen Bildungsangebote außerschulischer Bildungspartner, wie Vereine in der nächsten Umgebung, bekanntzumachen.

Bezogen auf den Antrag Nr. 283/2020 (90/GRÜNE) erörtert Herr Herweg (JugA) aus Sicht der Fachverwaltung, die Kinderbeauftragte habe eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe "Spielen im öffentlichen Raum", speziell in den Sommerferien, ins Leben gerufen. Vonseiten der Kinder- und Jugendhilfe seien Abfragen in den regionalen Trägerkonferenzen vorgenommen worden, wo öffentliche Spielflächen in den Stadtbezirken realisiert werden könnten. Viele Akteure seien bereit, Spielaktionen an bestimmten Stellen zu unterstützen. Im weiteren Verlauf führt Herr Herweg aus, das Jugendamt besitze eine Internetseite [www.ferienangebote-stuttgart.de](http://www.ferienangebote-stuttgart.de), auf der sich die Familien informieren könnten. Die Träger füllten die Seiten der Homepage mit 170 verlinkten Angeboten. Die Akteure hätten über ihre Angebote weitere verlinkte Seiten mit weiteren Angeboten. Die Mitarbeiter/-innen des Jugendamts hätten in Folge die Koordination für die Akteure und die Angebote übernommen.

Bezogen auf die Ziffer 2 des Antrags sagt Herr Herweg zu, mit der Idee einer Nutzung der Stuttgarter Open-Air-Bühnen für ein Ferienprogramm auf die Veranstalter zuzugehen.

Frau Schütz (JB-BiP) informiert über die Sommerlernkurse des Landes und berichtet von einem Austausch mit dem Staatlichen Schulamt bezüglich der Kurse. Die Schulen, die nicht im Ganztage stattfinden, könnten das Angebot mittels des Qualitätsentwicklungsfonds auf Basis einer finanziellen Förderung von bis zu 2.000 € mit außerschulischen Kooperationspartnern realisieren. Die Antragstellung für die Schulen werde niederschwellig gestaltet. Neben den Lernbrücken und den Sommerschulen in Stuttgart gebe es weitere Ferienlernangebote, ergänzt Frau Schütz.

Zu den Aktivspielplätzen und Jugendfarmen teilt Herr Pohl mit, dass Angebote für die Sommerferien in Vorbereitung seien. Es werde ein Programm an fünf Tagen pro Woche je nach Platzgröße und Verfügbarkeit des Personals mit einer Gruppenstärke pro Tag von 15 bis 100 Personen stattfinden. Bei den Einrichtungen in den sozialen Brennpunkten werde aktiv auf die Familien zugegangen, um die Kinder im Vorfeld über die Anmeldung in die Gruppen steuern zu können, da es Familien gebe, die sich nicht proaktiv um die Betreuung ihrer Kinder kümmern.

Herr Schulze-Gronemeyer unterrichtet, unter normalen Bedingungen seien 9.500 Plätze für Kinder in den Waldheimen vorhanden. Dieses Jahr werde aufgrund der CoronaVO für 7.400 Kinder ein Programm angeboten. Die verfügbaren Angebote lassen sich wochenweise auf der Homepage buchen. Zur jährlich stattfindenden Waldheimrundfahrt führt er aus, es werde eine virtuelle Rundfahrt geben. Allerdings werden für kleinere Gruppen Besuche an mehreren Terminen in einigen Waldheimen ermöglicht.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) erkundigt sich bei der Fachverwaltung und den freien Trägern nach der Möglichkeit, für Alleinerziehende sogenannte Notfallplätze für eine Zeitdauer von beispielsweise drei Wochen zur Verfügung zu stellen. Diese Gruppe habe bereits über Wochen ihre Kinder zuhause betreut.

Herr Meier unterrichtet, bei der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft sei eine Verbindung zu den Kesselferien geschaffen worden. Um die Sozialräume nicht zu vernachlässigen, seien die Jugendhäuser in den Ferien bei geringeren Schließzeiten geöffnet. Über die zentrale Homepage der Kesselferien können über 140 Wochenangebote gebucht werden. Die Angebote in den Sozialräumen seien auf dieser Homepage nicht enthalten, sondern werden direkt über die Einrichtung gesteuert. Dadurch können die in diesem Jahr nicht stattfindenden Angebote des Stutengartens und des Summer Science Camp mit rund 2.000 Plätzen kompensiert werden. Seines Wissens gebe es keine zentrale Stelle, die "Notfallplätze" verteilt.

Abschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den freien Trägern für die Entwicklung der Ferienangebote und erklärt in diesem Zusammenhang den Antrag Nr. 283/2020 für erledigt. Hierzu ergeben sich keine Einwendungen. BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von dem mündlichen Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö



## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Schulverwaltungsamt (2)  
JB-BiP  
Jugendamt (28)  
weg. VA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  5. Referat SI  
Sozialamt (2)  
SI-IP
  6. BVin Nord
  7. BezA Feuerbach
  8. Rechnungsprüfungsamt
  9. L/OB-K
  10. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS